

KANTONSRAT

Saubannerzüge mit Kostenfolge

von Konrad Langhart, Kantonsrat und Nationalratskandidat Die Mitte, Stammheim

12. September 2023



An der gestrigen Sitzung wurde über die Volksinitiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung («Anti-Chaoten-Initiative») debattiert. Demonstranten sollen bei Ausschreitungen und Vandalismus auch finanziell geradestehen müssen. Die Initiative verlangt erstens eine Bewilligungspflicht für Kundgebungen in der Öffentlichkeit. Zweitens sollen Veranstalter und Teilnehmer von unbewilligten Demos die Kosten von Polizeieinsätzen und Sachbeschädigungen tragen müssen. Das soll, drittens, auch für Demonstranten der Fall sein, wenn sie bewilligte Kundgebungen oder Veranstaltungen stören. Und viertens sollen auch die Kosten für die Räumung besetzter Liegenschaften auf die Besetzer oder ihre Organisationen überwält werden.

Die zuständige Kommission hat sich deshalb auf einen Gegenvorschlag geeinigt, der die Anliegen der Initiative nach einer zwingenden Verrechnung von Kosten dahingehend aufnimmt, dass solche bei ausserordentlichen Polizeieinsätzen und vorsätzlich handelnden Verursachern eingefordert werden.

Dank der Mitte stimmte der Rat schliesslich mehrheitlich dem umsetzbaren Gegenvorschlag zu und lehnte gleichzeitig die untaugliche Initiative ab. Sachpolitik also trotz polemischer Voten von Links und Rechts. Allerdings wird hier das Volk das letzte Wort haben, falls die Initiative nicht zurückgezogen wird. Es können also weiterhin Initiative oder Gegenvorschlag obsiegen.